



**Gelsenkirchen**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage		
<input checked="" type="checkbox"/>	öffentlich	<input type="checkbox"/> nichtöffentlich
Drucksache Nr.		
<b>14-20/8107</b>		

Referat, Auskunft erteilt, Telefon-Durchwahl  
2 - Rat und Verwaltung - Herr Große, Tel. 169 - 23 01

Datum  
14.11.2019

Beratungsfolge	Sitzungstermine	Top
<b>Haupt-, Finanz-, Beteiligungs- und Personalausschuss</b>	<b>28.11.2019</b>	
<b>Haupt-, Finanz-, Beteiligungs- und Personalausschuss</b>	<b>26.03.2020</b>	
<b>Haupt-, Finanz-, Beteiligungs- und Personalausschuss</b>	<b>18.06.2020</b>	

Betreff

**Anregungen und Beschwerden nach § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW)  
hier: Eingabe des Herrn Klaus Brandt vom 15. Juli 2019 mit ergänzenden Begründungen vom 4. August 2019 und 18. Oktober 2019**

Inhalt der Mitteilung

Im Rahmen einer Eingabe nach § 24 GO NRW regt Herr Klaus Brandt mit dem Betreff

„Anregung einer Klarstellung zum Beschluss des Rates vom 11. Juli 2019 zur Drucksache 14-20/7492 - Erklärung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Gelsenkirchen zum Antisemitismus“

Folgendes an:

Sehr geehrte Damen und Herren,

an den Rat der Stadt wende ich mich mit folgender Bürgeranregung.

Er möge beschließen:

Der Rat der Stadt fügt seinem Beschluss vom 11. Juli 2019 - 14-20/ 7492 - an dem er im Übrigen vollumfänglich festhält - folgende Klarstellung hinzu:

„ Antisemitische Einstellungen, die bis in die Mitte der Gesellschaft - auch unserer Stadtgesellschaft - reichen, können auch in einer Kritik am Staat Israel zutage treten, die scheinbar nur politische Entscheidungen seiner Regierung verurteilt, in Wirklichkeit jedoch Israel als jüdischem Staat, in dem Jüdinnen und Juden in Sicherheit vor Verfolgung leben können, seine Existenzberechtigung abspricht. Dies hindert keine konstruktive, um Verständigung bemühte Kritik. Sie kann anknüpfen an:

Die Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel vom 14. Mai 1948 in der es heißt:

Der Staat Israel wird sich der Entwicklung des Landes und dem Wohle aller seiner Bewohner widmen. Er wird allen seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen und den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen treu bleiben.

Das schließt das Bemühen um eine Zweistaatenlösung mit der Westbank als Territorium eines palästinensischen Staates und Ostjerusalem als dessen Hauptstadt - ebenso ein wie die unmissverständliche Verurteilung einer Siedlungspolitik, welche diese Lösung torpediert und die nicht minder unmissverständliche Verurteilung israelischer und von der gegenwärtigen US Regierung orchestrierter Pläne zur Annektion von Teilen der Westbank (einschließlich Ostjerusalem) und zur Errichtung einer Ortschaft namens Trumpville auf den Golanhöhen. " .

### **Begründung:**

So sehr israelbezogener Antisemitismus zu verurteilen ist, so nachdrücklich muss vor dem Versuch gewarnt werden, eine Kommune wie die unsere vor den Karren einer wenig friedliebenden Politik des gegenwärtigen US-Präsidenten und seiner Administration zu spannen. Soeben hat sich die AfD - Bundestagsdrucksache 19/ 9757, Debatte vom 11. Juli 2019 - als innigste, ja als die einzige Freundin Israels zu stilisieren versucht:

Der SOS-Bewegung sei es 2009 gelungen, eine Reihe von Boykottmaßnahmen gegen Israel international zu implementieren. Dazu gehöre insbesondere der (durch eine EU-Richtlinie vorgeschriebene) ausdrückliche Herkunftsnachweis für Waren aus den israelischen Palästinensergebieten.

Gemeint ist die von Israel völkerrechtswidrig besetzte Westbank.

Die gegenwärtige USA-Israelische Politik hat eine lange Vorgeschichte. Zu ihr gehören die Hasstiraden gegen die Regierung Jitzchak Rabin („Oslo-Verbrecher“) die zu seiner Ermordung am 4. November 1995 durch einen fanatisierten Siedler führten.

Dazu:

die Wikipedia [https://de.wikipedia.org/wiki/Jitzchak\\_Rabin](https://de.wikipedia.org/wiki/Jitzchak_Rabin)

„Bei den nächsten Wahlen wirst du mit deinem Mann auf dem Marktplatz hängen. Mit den Füßen nach oben. Wie Mussolini und seine Mätresse. Einige der Demonstranten vor unserem Mietshaus verglichen uns mit Nicolae und Elena Ceaucescu. Jitzchak und ich bekamen diese Schmähungen, diese Vergleiche mit faschistischen Unmenschen, immer häufiger zu hören, je mehr der Friedensprozess an Dynamik gewann. Auf einer Demonstration in Jerusalem einen Monat zuvor hielt Benjamin Netanyahu am Zionsplatz eine Rede, während irgendjemand ganz in seiner Nähe ein Bild, das Jitzchak in Naziuniform zeigte, vor einer laufenden Fernsehkamera hin- und herschwenkte, Schon Monate zuvor waren in der Öffentlichkeit die ersten Poster aufgetaucht, die ihn als Verräter und Mörder brandmarkten . Sie hingen an jeder Straßenecke, an Leitungsmasten, Pfosten und Laternenpfählen. Fotomontagen zeigten ihn mit einem arabischen Kopftuch.“ (aus Leah Rabin: Ich gehe weiter auf seinem Weg. Erinnerungen an Jitzchak Rabin. München 1997).

Jitzchak Rabin nahm am Abend des 4. November 1995 an einer großen Friedenskundgebung in Tel Aviv teil. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Ja zum Frieden, Nein zur Gewalt“. Jigal Amir, ein israelischer Jurastudent rechtsextremer, religiös-fanatischer Überzeugung, passte den Moment ab, als der Premierminister die Bühne verließ und schoss auf ihn. Rabin starb kurz darauf im Ichilov-Hospital. "

Es geht also nicht darum, unter Hinweis auf hier nicht relevante Entscheidungen der israelischen Regierung das Existenzrecht Israels in Frage zu stellen. Es geht vielmehr um eine auch vom jetzigen Ministerpräsidenten dieses Staates politisch zu verantwortende Mordhetze und deren Folgen. Parallelen zum Fall Lübcke sind nicht zu übersehen. Vor allem deshalb halte ich die von mir angeregte Klarstellung für unverzichtbar.

Und zwar auch im Hinblick auf die Häme und den Schmutz, die vom geg-enwärtigen US-Präsidenten über seinen Amtsvorgänger und dessen Außenminister John Kerry kübelweise ausgegossen werden, einen Politiker, der sich in Bemühungen um eine friedliche Konfliktlösung verzehrt hat, bei den Hardlinern in der israelischen Regierung aber auf sture Ablehnung stieß.

Peace Now, Breaking the Silence, aber auch die Aktivitäten des Willy-Brandt-Hauses, der Friedrich-Ebert, der Adenauer-, der Heinrich-Böll- und der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Jerusalem, des Friedensdorfs Neve Shalom-Wahat-as-Salam und Raheb Mitris Gästehaus der Evangelischen Kirche in Bethlehem -alles dies wird vom israelischen Establishment, gelinde gesagt, gemieden und argwöhnisch beäugt. Von Amira Hass und Gideon Levy, Journalisten der unbequemen Haaretz, heißt es, sie könnten sich in Tel Aviv und/oder Jerusalem in kein Café setzen, ohne dass sich ringsum die Tische leerten.

Von einer Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit darf erwartet werden, dass sie der Lage palästinensischer Christ\*innen auf der Westbank, besonders in Bethlehem (es gibt sie dort, wie ich aus eigener Erfahrung weiß) zumindest ein Wörtlein widmet.

Von einer Demokratischen Initiative erwarte ich - und zwar auch und gerade als Sozialdemokrat - dass sie sich um Transparenz bemüht und nicht ausgrenzt. Auch Gelsenzentrum, VVN-BdA und die Partei DIE LINKE stehen für demokratische Werte. Die Initiative sollte nicht so tun, als hätte sie diese für sich allein gepachtet. Sie macht damit ihrem Namen und dem Namen der Stadt keine Ehre.“

**Von Herrn Klaus Brandt nachgereichte erste ergänzende Begründung seiner Bürgeranregung „Klarstellung zum Beschluss des Rates vom 11. Juli 2019 zur Drucksache 14-20/7492 („Israelbezogener Antisemitismus“)**

„Sehr geehrte Damen und Herren,

die Resolution des Rates nimmt Bezug auf eine von der Mitgliederversammlung der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit am 14. März 2019 beschlossene Erklärung zum Antisemitismus. Sie wurde anschließend der Demokratischen Initiative– DI – angetragen, die sich in ihrer Plenumsitzung vom 28. Mai 2019 mit der Erklärung befasst hat und sie einstimmig mitträgt.

Auch aus meiner Sicht kann nicht nachdrücklich genug unterstrichen werden, was in jener Erklärung über „Deutsche Zustände“ (Heitmeyer) gesagt wurde:

Genötigtsein zum Verbergen der eigenen Identität, Ausgrenzung, Beleidigung und Bedrohung von Schüler\*innen (in GE selbst eines Lehrers mit einem Tropfen jüdischen Blutes, wie ich aus länger zurückliegender anwaltlicher Tätigkeit für den hiesigen Personalrat und die GEW weiß) Angriffe auf Synagogen (wie z.B. die Gelsenkirchener) Schändung von Friedhöfen (dies dürfte in jüngerer Zeit in Gelsenkirchen nicht vorgekommen sein).

Über den Kampf gegen *Gelsenkirchener* Antisemitismus (auf den sich meines Erachtens der Rat besser beschränkt hätte, anstatt Nahost- und Weltpolitik zum Gegenstand seiner Bemühungen zu machen), habe ich mich in einem unveröffentlicht gebliebenen Leserbrief an die WAZ so geäußert:

**Zu „Linke provoziert Eklat im Rat“, WAZ von heute (15. 7.)**

Eine Hakenkreuz-Schmiererei sei „nicht nur ein Dummer-Jungen-Streich“. So der OB. Goldene Worte! Schön, wenn er dabei die Hakenkreuzschmierereien am Wohnhaus der Eheleute Jordan nicht unerwähnt gelassen hätte. Noch schöner, wenn ihm die Parallelität – nein, die Identität - von „Judendirne“ im Bericht der Nationalzeitung vom 8. August 1935 über die als „Rassenschänderin“ durch die Stadt getriebene Elisabeth Makowiak und „Judennutte“ am Hause der Jordans ein Wort der Solidarität entlockt hätte. Am allerschönsten wäre es gewesen, hätte sich auch die Jüdische Gemeinde zu einer Solidaritätsbekundung verstehen können – und hätten sich andere Mitglieder der hiesigen demokratischen (!) Initiative dem angeschlossen. Ich denke dabei nicht zuletzt an die „von Angst besessene“ (die Formulierung stammt von Ernst Käsemann) Evangelische Kirche. Sicherlich hätte auch eine Beteiligung des Rotthäuser interkulturellen Stammtisches – und damit der muslimischen Community – an der Formulierung der Ratsresolution nicht geschadet.

Das blieb, wie gesagt, unveröffentlicht. Ich halte an dem damals gesagten fest. Die WAZ war mit ihrem Artikel in Bildzeitungsmanier über Frau Peipe hergefallen, nachdem diese in der Ratssitzung vom 12. Juli den Standpunkt ihrer Fraktion begründet hatte, bzw. hatte begründen wollen. Sie sei, so heißt es in einer von ihr per Mail verschickten Erklärung - „Ein unwürdiges Spektakel im Rat der Stadt“ - derart angepöbelt und dann auch vom OB mit dem Bemerkten, sie rede nicht zur Sache, gemäßregelt worden, dass sie ihre Rede nicht hätte beenden können.

Ich bin Sozialdemokrat Erhard-Epplerscher Prägung, früher beeindruckt vom mittlerweile verstorbenen Hermann Scheer, jetzt von der in seine Fußstapfen getretenen Tochter Nina (Mitautorin der zu Protokoll der Bundestagsitzung vom 17. Mai 2019 gegebenen „Rot- Grünen Erklärung“, siehe unten).

Von den politischen Positionen der LINKEN trennt mich vieles. Aber nicht alles. Ich verstehe mich als Verfassungspatriot. Deshalb: Artikel 5 des Grundgesetzes gilt auch für die LINKE. Und zwar auch für deren Haltung zum israelbezogenen (angeblichen) Antisemitismus, der sich angeblich äußern soll in einer „Kritik am Staat Israel, die scheinbar nur politische Entscheidungen seiner Regierung verurteilt, in Wirklichkeit jedoch Israel als jüdischem Staat seine Existenzberechtigung abspricht.“

Unter maßgeblicher Mitwirkung von Politikern der FDP und – noch maßgeblicher – der AfD läuft seit längerem eine Kampagne - „breites gesellschaftliches Bündnis“ genannt – gegen die Bewegung „Boycott, Divestment, Sanctions“ . Ich meine, dass es nicht Sache des Rates der Stadt GE sein kann, hierüber Urteile zu fällen, seien diese ablehnend, befürwortend oder eingeschränkt befürwortend. Aber mit besagter Passage ist BDS auf die Tagesordnung des Rates gelangt: Wer im Kontext der deutschen und internationalen Debatte von „scheinbar Regierungsentscheidungen verurteilend, in Wirklichkeit die Existenzberechtigung absprechend“ redet, der meint BDS und wird so verstanden.

**Der Deutsche Bundestag hat am 17. Mai 2019 auf Antrag von CDU/CSU – SPD – FDP – BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN - Drucksache 19/ 10191 – mehrheitlich beschlossen:**

Räumlichkeiten und Einrichtungen, die unter Bundestagsverwaltung stehen, keinen Organisationen, die sich antisemitisch äußern oder das Existenzrecht Israels in Frage stellen, zur Verfügung zu stellen.

Er fordert die Bundesregierung auf, keine Veranstaltungen der BDS-Bewegung oder von Gruppierungen, die deren Ziele aktiv verfolgen, zu unterstützen (...) und **Länder, Städte und Gemeinden und alle Öffentlichen Akteur\*innen aufzufufen**, sich dieser Haltung anzuschließen. (Wobei ich nicht weiß, ob die Bundesregierung – etwa in ihrer Öffentlichkeitsarbeit, durch Aufrufe, Rundschreiben oder dergleichen -dies bereits getan hat.)

Damit ist auch GE angesprochen. Und es hat auf diese Ansprache mit der christlich-jüdischen Erklärung geantwortet, die von der DI übernommen und Inhalt der **Vorlage 14-20/7492** geworden ist. GE hat zum Beschluss des Bundestages noch eine Schuppe draufgelegt, indem nicht nur das Existenzrecht Israels angesprochen wurde, sondern dessen Existenz „als jüdischer Staat“ -womit sich eine Reihe staatsrechtlicher Fragen verbindet. Nehmen wir unser Land als Beispiel: Das leitkulturell christlich-jüdisch-abendländische Deutschland hat nun einmal auf seinem Territorium einen muslimischen Bevölkerungsanteil, mit allen staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten. Geburtsurkunden, Pässe oder andere Personalpapiere mit dem Eintrag: Staaatsangehörigkeit deutsch, türkische Volksgruppe kennen wir nicht. Wer, außer vielleicht einem strammen AfDler, würde sich so etwas wünschen?

**Welche Themen können jetzt, etwa in der flora oder der Bleckkirche noch diskutiert werden?**

Etwa die Frage, ob eine Mauer zwischen Westbank und Israel zulässig ist (wofür

einiges sprechen könnte) und ob die dann nicht entlang der grünen Linie zu verlaufen hätte (was sie nicht tut). Und weitere Fragen mehr.

### **Die Kolumne des Herausgebers in der Jüdischen Rundschau von 19. Juli 2019**

Ihre Lektüre empfiehlt sich zum Verständnis der Zusammenhänge. Im Facebook verweist die Jüdische Rundschau auf **Hendryk Broders Achse des Guten. Broders Auftritt bei der AfD Bundestagsfraktion** kann auf youtube angesehen werden.

Facebook lässt auch erkennen, welche Teilnehmer sich von einzelnen Seiten jeweils mit Informationen versorgen lassen. Ich habe – auf @jüdische\_rundschau (wenn ich mich nicht falsch erinnere) – Irene Mihalic und Norbert Labatzki entdeckt, bin also offenbar nicht der einzige Gelsenkirchener, der diesen Umtrieben nachspürt. Übrigens: Mit der JÜDISCHEN ALLGEMEINEN darf die Rundschau nicht verwechselt werden. Die Allgemeine ist meinungsfreudig, aber sie hat diskutable Meinungen. Von der Rundschau kann man dies nicht sagen.

Hier (stark gekürzt) einiges aus Dr. Korenzechers Kolumne Jüdisches Schicksal und der gewalttätige Juden Hass der hier bedenkenlos in großer Zahl eingelassenen muslimischen Israel- und Judenfeinde haben die linksideologisierte, israel-delegitimierende und judenfeindliche Politik des hiesigen linken Mainstreams nicht zu ändern vermocht. Zu deutlich ist das Versagen der Kanzlerin und zu furchtbar ist, dass mit jedem Tag ihrer Kanzlerschaft der Schaden für unseren Rechtsstaat größer wird.

Auch ein Ausscheiden der CSU aus dieser Politik wäre vorerst nicht hilfreich. Sie wäre nämlich nur ein Zeichen für **Merkels Fünfte Kolonne, die schon postengierig in ihren Startlöchern sitzenden Grünen, als Mehrheitsbeschaffer für rot-rot-grüne Regierungen nach dem Muster der Israel-Hass-Koalition in Bremen.**

Die opportunistische Charakterlosigkeit der jetzigen Merkel-Jasager wird in Kürze zutage treten. Schon sehr bald nach Ablösung der abgewirtschafteten Kanzlerin werden die eigenen Parteigenossen sie verleugnen und meiden – so wie heute die Sozialdemokraten den ehemaligen Kanzler Schröder.

Merkel zündelt gegen den Präsidenten der USA. Immer wieder fordert sie die Ausweisung seines Botschafters, weil Präsident und Botschafter nicht bereit sind, die hier praktizierte aberwitzige Selbstentleerungspolitik gegenüber dem Islam mitzugehen.

Die Flucht der Wähler zur neuen Opposition – über eine Million CDU- und eine halbe Million CDU-Wähler sind zur AfD gewechselt - vermag nicht zu verwundern. Nun ist diese Opposition mit ihren rechtslastigen Problemen sicher nicht unser Wunschkind. But this is what we got – mehr haben wir nicht, **solange sich jüdische Repräsentanten den Gabriels, Merkels und Steinmeiers, Schulz's und Maas's samt ihren Heusgens und all den anderen politischen Terror-gegen-Israel-Verstehern und Judenmörderfreunden anbieten.**

Unsere **Schusters** und **Knoblochs** sind um ihre schwindenden Posten bangende, ausschließlich um ihre Pfründen besorgte, **zu jeder Lüge und Niedertracht fähige Bereiter eines neuen jüdischen Exodus** aus unserer bisher noch lebenswerten, viele Nachkriegsjahrzehnte lang wundervollen und freiheitlichen Bundesrepublik Deutschland.

(Ohne mich zu Dr. Korenzechers weiteren Ausführungen äußern zu wollen: Die Äußerungen über Frau Knobloch halte ich für infam, wenn ich bedenke und mir auf youtube ansehe: Ihre deutlichen Worte an die AfD im Januar 2017 im Bayrischen Landtag

den Auszug der AfD Fraktion (d.h. von 26 ihrer 28 Mitglieder) und die Morddrohungen und Beschimpfungen, die Frau Knobloch danach erreichten.

Man hört viel von den Lehren der Vergangenheit, die vor der Wiederkehr einer braunen Diktatur warnen (sollten). Deshalb ein kurzer Auszug aus der **Niederschrift über die Reichstagsdebatte vom 25. Juni 1922** (nachdem tags zuvor Außenminister Rathenau) ermordet worden war:

**Otto Wels (SPD):** Die deutschvölkische Hetze zeitigt ihre Erfolge. Die wüste Rassenhetze der christlichen Gewaltanbeter offenbart sich als eine Gefahr für die Zukunft unseres Staatswesens. All den Provokateuren aber sage ich das eine: Dieser Jude, den sie gefällt haben, er war ein so guter Deutscher wie nur je einmal im deutschen Lande einer geboren worden ist. Ihre Partei, die deutschnationale Partei, bildet für die Mörder das schützende Dach.

**Reichskanzler Dr. Wirth (Zentrum):**

Ich habe die Briefe gelesen, die die unglückliche Frau Erzberger bekommen hat. Wenn Sie, meine Herren, diese Briefe gelesen hätten – die Frau lehnt es ab, sie der Öffentlichkeit preiszugeben – wenn Sie wüssten, wie man in diesen Briefe der Frau mitteilt, dass man die Grabstätte ihres Mannes beschmutzen will, nur um Rache zu üben (...)

In diesem Sinne müssen alle Hände, muss jeder Mund sich regen, um endlich in Deutschland diese Atmosphäre des Mordes, des Zankes, der Vergiftung zu zerstören. Da steht (nach rechts) der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. **Da steht der Feind und darüber ist kein Zweifel: dieser Feind steht rechts!**

Zurück zu Dr. Korenzechers Kolumne:

Ja – **Antisemiten** gibt es auch in der AfD. Aber die gibt es kein Stück weniger in den etablierten, besonders den linken Parteien.

Allzu durchsichtig als Israelkritiker getarnt, sind diese etablierten Parteien, **besonders die linken durch ihre Allianz mit den islamischen Judenmördern deutlich gefährlicher.**

Warum verlassen die Juden Europa? Nicht wegen eines Herrn Gauland und schon gar nicht wegen einer Frau Weidel oder einer Frau Storch, sondern wegen des wachsend unerträglichen Klimas einer sich **unter dem Diktat der grünen Zeugen Gretas** immer mehr islamischer Rechtsverachtung ergebenden Republik.

**Politische Themen und Schwerpunkte werden gezielt auf einen grünen klimahysterischen Pseudo-Aktivismus umgelenkt.** Die Juden Frankreichs und anderer westeuropäischer Staaten wandern bereits in großer Zahl aus und überlassen ihren Platz den Muslimen. Deutschland dürfte angesichts des zu erwartenden **Abstimmungsverhaltens seiner klimabetäubten Wähler dieser Entwicklung folgen. Da tut es gut, Stimmen wie die von Hendryk Broder zu hören.**

Keine, aber auch gar keine Gemeinsamkeiten kann es geben mit der verlogenen Heuchelei der pro-islamischen Israelverurteilungsakteure aus der linken „Breaking-the-Silence“-nahen Szene der israelischen, deutschen und internationalen Politik.

### **DER SPIEGEL berichtet in seiner Ausgabe vom 12. Juli 2019:**

Als Motto schicke ich voraus, was MdB Andres Nick (CDU) den SPIEGEL-Redakteuren bei deren Recherche erklärt hat:

***„Ich habe einen so systematischen Versuch zur Beeinflussung des Bundestages noch nicht erlebt. Es geht offenbar letzten Endes darum, die Nahostpolitik im Sinne der Herren Trump und Netanyahu zu verschieben und so die EU in dieser Frage zu spalten.“***

Die fraktionsübergreifende Resolution des Deutschen Bundestages – basierend auf **Drucksache 19 /10191** - ist auf Betreiben zweier kleiner Vereine zustande gekommen.

Vertreter etwa des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Jüdischen Gemeinde München (mit der - siehe oben – in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU bei den zu jeder Lüge und zu jeder Niedertracht fähigen Bereiterern eines neuen jüdischen Exodus eingereichten Frau Knobloch, jener Frau Knobloch, die im Mai 2017 im Bayrischen Landtag derart deutliche Worte an die AfD gerichtet hatte, dass diese geschlossen den Saal verließ und die deswegen bis heute

Morddrohungen ausgesetzt ist und in einer Weise beschimpft wird, für die „unflätig“ ein zu milder Ausdruck wäre, waren an der Ausarbeitung der Resolution nicht beteiligt. Vielleicht wussten nicht einmal davon.

Das Wirken besagter kleiner Vereine – der WertInitiative und des „Nahost Friedensforums (kurz: Naffo) - wird maßgeblich bestimmt von dem Berliner Zahnarzt Elio Adler, der mit einer Reihe vom Bundestagsabgeordneten (vereinsintern: „Kontakt-MdBs“) und deren Mitarbeitern sowie mit weiteren einflussreichen und spendenfreudigen Persönlichkeiten des politischen Berlin in ständiger Verbindung steht. Adler war dort Vorstandsmitglied, ist aber im Zuge der Recherchen des SPIEGEL aus dem Amt geschieden.

Als Kontaktpersonen nennt der SPIEGEL:

Christoph Schmidt (CSU) ehemals Landwirtschaftsminister  
Jens Spahn (CDU), den jetzigen Gesundheitsminister; Thorsten Frei (CDU)  
die MdB's Michaela Engelmeier und Fritz Felgenträger (SPD)  
Bijai Dir-Sai (FDP)

Auch die Mitarbeiter der Kontakt-MdB's werden einschlägig betreut, etwa durch gesponsorte Israelreisen. Die Vereinsführung geht davon aus, dass diese Mitarbeiter mindestens ebenso viel Einfluss auf die Formulierung israelrelevanter Texte haben wie die Kontakt- MdB's selbst.

Im Mittelpunkt des Kampfes gegen die BDS-Bewegung steht laut SPIEGEL Gilad Erdan , der israelische Minister für strategische Angelegenheiten. Eine von ihm gegründete Organisation hat umgerechnet 30 Millionen Euro für verdeckte Kampagnen gegen die BDS-Bewegung bereitgestellt. Auch der Mossad soll – so



der SPIEGEL – laut Medienberichten involviert sein. Man habe vor allem in Europa und den USA Druck auf Banken ausgeübt, die Konten von Banken zu schließen, die BDS unterstützen.

Auch in Deutschland fließen Spenden. Wert/INI und Naffo werben sie ein: Auf Mitgliederversammlungen wird „unseren Großspendern“ gedankt.

2017 hat Adler zu einem **Spendendinner** eingeladen. Gastgeber war ein Privatmann, Ort der Veranstaltung eine Villa in Berlin-Dahlem. Es soll ein Betrag in vierstelliger Höhe eingesammelt worden sein.

Die Gelder, Kontakte und Aktivitäten bleiben nicht ohne Wirkung. Den Bundestagsbeschluss vom 17. Mai habe die israelische Regierung „Wie eine Trophäe gefeiert“, so der SPIEGEL.

Während der **Koalitionsverhandlungen** Anfang 2018 erwies sich Naffo als verblüffend gut informiert. Deshalb gelang es ihm auch, eine unerwünschte Formulierung im Koalitionsvertrag zu ändern. Das Protokoll der Mitgliederversammlung hält dazu fest:

**„Kurz vor der Unterzeichnung hat Naffo durch eine gezielte Kampagne dutzende MdB's auf diese aus unserer Sicht verheerende Passage zur Nahostpolitik aufmerksam gemacht und konnte eine Verbesserung erreichen.“**

Das Parteiengesetz verbietet sogenannte Erwartungs- oder Dankeschönspenden. Wie verhielt es sich insoweit mit der Einladung zum Dinner? Erfolgte sie erkennbar in Erwartung einer politischen Gegenleistung, die dann auch erbracht wurde? Die Eingeladenen verneinen dies. Aber in den Tagen rund um die Einladung haben sie sich auffallend ähnlich zu einer Antisemitismuskommunikation geäußert, die zu senden Arte/WDR sich weigerten, weil sie handwerkliche Fehler ausgemacht hatten. Fünf der sechs Parlamentarier, die zum Dinner eingeladen waren, machten daraufhin Druck:

Ein SPD-Abgeordneter

„Was ist los bei @arte.de?“

Seine Kollegin:

„Ich würde mir gern die Doku anschauen. Warum strahlt ARTE/WDR sie nicht aus?“

Jens Spahn

„Die Doku muss gezeigt werden !!!“

Adler an den SPIEGEL:

„Wir sind von der Stoßrichtung ihrer Recherchen stark befremdet. Sie folgen dem Anschein nach einer Mär der Einflussnahme jüdischen Kapitals in die Bundespolitik. Die Spenden für skandalisierungsfähig zu halten, ist der eigentliche Skandal.“

## Der 17. Mai 2019 im Deutschen Bundestag

### Die Anträge

#### 1) 19/ 10191 CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN Der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten – Antisemitismus bekämpfen

Das ist der Antrag, an dem laut SPIEGEL die israelische Regierung, Naffo, WertInitiative und diverse Kontakt-MdB's, teilweise durch Spenden bestärkt, mitgestrickt haben sollen. Verschwörungstheoretiker mögen sich die Hände reiben.

Die Antragsteller beziehen sich auf die Konzeption „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, in die laut Heitmeyer (Deutsche Zustände Folge 2, Frankfurt/Main 2003 edition suhrkamp 2332 ) **sieben** Elemente eingegangen sind:

**Rassismus – Fremdenfeindlichkeit – Antisemitismus – Heterophobie – Islamphobie – Etabliertenvorrechte – Sexismus.** Keines dieser Elemente (hier: der Antisemitismus) wird sich bekämpfen lassen, **ohne zugleich die anderen (z.B. die Islamphobie, die Etabliertenvorrechte, den Sexismus) in den Blick zu nehmen.**

So Heitmeyer. Die Antragsteller weiter:

Wir halten an der **Zweistaatenlösung** fest ,

„wie sie der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in zahlreichen Resolutionen bekräftigt hat : einem jüdischen demokratischen Staat und einem unabhängigen, demokratischen und lebensfähigen palästinensischen Staat. (mit Jerusalem als gemeinsamer Hauptstadt, wie hinzugefügt werden sollte, nachdem die WAZ von 27. Juli über die Zerstörung palästinensischer Häuser **im annektierten Ostjerusalem** berichtet hat).

Inwiefern BDS

Israels Recht auf Landesverteidigung in Frage stellt, habe ich nicht verstanden. Mag sein, dass es dies tut, aber dann müsste es erklärt werden.

„Wer ihre Freizügigkeit einschränken will ...“

bezieht sich, auf die Praxis vieler islamgeprägter Staaten, israelischen Bürgern die Einreise zu verweigern oder sie gar von der Beförderung durch arabische Fluggesellschaften auszuschließen. Dies ist in der Tat unannehmbar. Ebenso die Praxis, selbst Personen die Einreise zu verweigern, die einmal Israel besucht hatten. Ich habe 2004 bei meiner Ankunft auf dem Flughafen Ben Gurion eine freundliche Beamtin angetroffen, die mir nach beim Durchblättern des Reisepasses mit den Visa für Marokko, Tunesien, Syrien und den Libanon („Sie sind ja ganz schön rumgekommen“) anbot, den Einreisestempel für Israel auf ein gesondertes Blatt zu setzen. Bei einer zweiten Israelreise 2009 versäumte ich die Bitte um diesen speziellen Service; 2010 habe ich mir darauf in Gelsenkirchen einen neuen Pass ausstellen lassen.

Der interfraktionelle Antrag ruft darüber hinaus

„Länder, Städte und Gemeinden und alle öffentlichen Akteur\*innen dazu auf, sich dieser Haltung anzuschließen (nämlich: auch *Räumlichkeiten und Einrichtungen die unter kommunaler Verwaltung stehen keinen Veranstaltungen* der BDS-Bewegung oder von Gruppierungen, die BDS unterstützen, zur Verfügung zu stellen).

Das ratifiziert eine Praxis, die in jüngerer Vergangenheit die Leiterin der Ruhrtriennale, Stefanie Carp und den Leiter des Jüdischen Museums Berlin, Schäfer, ihre Ämter gekostet hat. Für Gelsenkirchen dürfte es bedeuten: Nur BDS- und womöglich auch nur israelkritikfreie Veranstaltungen in der flora, der Bleckkirche, nur BDS-freie Musiker beim Summersound, Daniel Barenboim hätte, wenn er ihn denn wünschte, mit einem Auftritt im Musiktheater Schwierigkeiten, nachdem er am 22. Juli 2018 in der Haaretz geschrieben hat:

„Heute schäme ich mich, Israeli zu sein. Die Gründerväter unseres Staates betrachteten das Prinzip der Gleichheit und das ständige Bemühen um Frieden (the pursuit of peace) als den Grundstein der Gesellschaft, die wir bauen wollten. Es erfüllt mich mit tiefer Sorge, dass ich heute dieselben Fragen stellen muss wie vor vierzehn Jahren in der Knesset. Können wir die unerträgliche Lücke übersehen zwischen dem, was die Unabhängigkeitserklärung versprochen und dem, was sie gehalten hat, die Lücke zwischen der Idee Israel und seinen Realitäten? Passt der Zustand der Besatzung und Beherrschung eines anderen Volkes zu unserer Unabhängigkeitserklärung. Kann das jüdische Volk mit seiner Geschichte von Leid und unablässiger Verfolgung sich Gleichgültigkeit gegenüber den Rechten und dem Leiden eines Nachbarvolkes erlauben? Ich glaube nicht, dass das Jüdische Volk zweitausend Jahre der Verfolgung und des Erduldens endloser Grausamkeiten überlebt hat, um nun selber zu Unterdrückern zu werden, die anderen Grausamkeit zufügen. Genau dies tut das neue Gesetz.

(Nämlich das Nation State Law).

## **2) 19/ 10261 DIE LINKE: BDS-Bewegung ablehnen – Friedliche Lösung im Nahen Osten befördern**

Dem Deutschen Bundestag ist bewusst, dass die Existenz und Gründungsgeschichte Israels die unwiderrufliche Konsequenz ist aus der Verfolgung der europäischen Jüdinnen und Juden sowie historische Konsequenz aus einem jahrhundertalten Antisemitismus, der älter ist als der Nazifaschismus und mehr umfasst als seine europäisch-christliche Verfolgungsgeschichte. Dieser weltgeschichtlichen Emanzipation gilt unsere uneingeschränkte Solidarität. Für Deutschland als Land der Täter bleibt dieses besondere Verhältnis eine unverzichtbare Verpflichtung aus der Geschichte. Dem Deutschen Bundestag ist zugleich bewusst, dass im Zuge des israelischen Unabhängigkeitskrieges und des Sechstagekrieges Palästinenser\*innen vertrieben und zahlreiche Städte und Dorfer zerstört wurden und eine kollektive Erinnerung entstanden ist, die als „Naqba“ tief im Gedächtnis der palästinensischen Bevölkerung verankert ist.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, **eine friedliche Lösung zu befördern und sich für zwei unabhängige demokratische und miteinander kooperierende Staaten auf Basis der bisherigen UN-**

**Resolutionen sowie der zwischen beiden Parteien geschlossenen Abkommen einzusetzen.**

**3) 19/ 9757 AfD: BDS-Bewegung verurteilen – Existenz des Staates Israel schützen**

Die „palästinensische Zivilgesellschaft“, ein Verbund von 170 NGOs rief erstmals im Juli 2005 zu „Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen“ gegen Israel auf, „bis es internationalem Recht und den universellen Prinzipien der Menschenrechte nachkommt“. Seitdem hat sich die BDS-Bewegung neue Ziele gesetzt: Israel müsse die Besetzung und Besiedlung „allen arabischen Landes“ beenden sowie „den palästinensischen Flüchtlingen und ihren Nachkommen die Rückkehr in ihre frühere Heimat und zu ihrem Eigentum ermöglichen“.

Seit 2009 gelang es der BDS- Bewegung, eine Reihe von Boykottmaßnahmen gegen Israel international zu implementieren. Dazu gehört insbesondere der ausdrückliche Herkunftsnachweis für Waren aus den israelischen (!) Palästinensergebieten. Für diese würde damit eine faktische wirtschaftliche Anerkennung als eigenständiger Staat geschaffen, ohne dass dies in irgend einer Weise legitimiert wäre.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

**1** zur Kenntnis zu nehmen, dass die BDS-Bewegung ihren Ursprung in antisemitischen und antizionistischen Initiativen arabischer Gruppen hat, die lange vor der Gründung des Staates Israel bereits aktiv waren und die zwischen 1933 und 1945 in engem freundschaftlichem Kontakt mit der nationalsozialistischen Regierung Deutschlands standen.

**2** allen Gruppierungen, die sich zur BDS-Bewegung zählen, ab sofort jegliche Förderung aus Bundesmitteln zu streichen; **dies gilt insbesondere auch für die finanzielle Unterstützung BDS-Nahe NGO's durch parteinahe Stiftungen**

**3** die BDS-Bewegung bundesweit, zum Beispiel auf dem Wege des Vereinsrechtes zu verbieten

**4** mit der israelischen Regierung Konsultationen zur gemeinsamen Bekämpfung des Antisemitismus jeglicher Ausprägung zu initiieren

**5** sich zur Verantwortung für das Unrecht zu bekennen, das jüdischen Siedlern in Palästina in Zusammenarbeit und im Zusammenhang mit der Herrschaft des Nationalsozialismus angetan wurde

**Aus der Begründung:**

Die BDS-Bewegung erhält durch zahlreiche ihr nahestehende NGOs finanzielle Unterstützung. Ein Beispiel ist Al Haq.. Es wird finanziert durch den *Zivilen Friedensdienst des BMZ, die Heinrich-Böll-Stiftung, Brot für die Welt und die Europäische Union.*

Insbesondere *die deutschen Parteistiftungen* alimentieren BDS-nahe NGOs:

Die *Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD)* subventioniert unter anderem die Palestinian Academic Society for International Affairs (PASSIA), die zudem von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) finanziert wird.

Die *Heinrich-Böll-Stiftung (Grüne)* stärkt durch finanzielle Zuwendungen die Zeitschrift +972, das Ma'an Development Center, Al-Haq und Al Mezan, die wiederum der BDS-Bewegung bei antiisraelischen Aktionen assistieren.

Die *Rosa-Luxemburg-Stiftung (DIE LINKE)* bezuschusst unter anderem die „Union of Agricultural Work Committees“ (UAWC), den Landwirtschaftsverband der Terrororganisation PLFP, sowie die BDS-Gruppen „Association for Civil Rights in Israel“ (ACRI), Applied Research Institute Jerusalem (ARIJ), „Combatants for Peace“ und „Zochrot“.

Die *Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU)* arbeitet unter anderem mit der „Society of St. Yves“, die an der BDS-Bewegung partizipiert und den Terror als „Widerstand“ bezeichnet, sowie mit den BDS-Gruppen „Institute of Law at Birzeit University“ und „The Palestine Strategy Group“ zusammen.

Die *Hans-Seidel-Stiftung (CSU)* fördert die BDS-nahen Gruppen „I'lam“ und „Shatil /New Israel Fund“.

Die Bundesregierung verfolgt gegenüber der BDS-Bewegung einen Kurs des Sich-Wegduckens und des Ignorierens. Das wird erkennbar in der Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Anton Frieden und der AfD (Drucksache 19/ 4248). Das Verbot der BDS-Bewegung durch das Vereinsrecht hatte der Regierende Bürgermeister von Berlin Michael Müller (SPD) angeregt. In ihrer Antwort zu den extremistischen Tendenzen von BDS verweist die Bundesregierung darauf, dass die Bewegung zu heterogen sei, um sie „pauschal“ als extremistisch zu bewerten.

Demgegenüber gibt es in Deutschland *ein breites gesellschaftliches Bündnis, das die BDS-Bewegung als antisemitisch ansieht*. Dieses Bündnis bewertet den von der BDS-Bewegung gepflegten Antizionismus als den Antisemitismus der gebildeten Kreise.

## **Die Debatte**

### **Axel Müller (CDU/CSU)**

BDS wendet sich letztendlich gegen die Existenz des Staates Israel – eines Staates, der 1948 durch einen Teilungsplan der Vereinten Nationen entstanden ist. Er sieht **zwei Staaten** vor, die in einer Wirtschaftsunion miteinander verbunden sein sollen, **mit Jerusalem als Sonderterritorium unter internationaler Kontrolle**. Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt, auch im Namen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Zweistaatenlösung. **Wir stehen dazu, auch wenn der amerikanische Präsident mit seinen derzeitigen Handlungen eine Zweistaatenlösung zumindest infrage zu stellen scheint. Kritik am Staate Israel ist in jedem freiheitlich demokratischen Staat legitim. (Einwurf von mir: Aber dann sollte sie auch geübt werden)**

Die BDS-Bewegung ist aber im Ergebnis ein Vehikel, das sich im Deckmantel

dessen tarnen möchte. Wir stehen zu Israel.

### **Jürgen Braun (AfD)**

**Die AfD ist die Partei der Freunde Israels in diesem Parlament.** Unsere Fraktion beschäftigt sich seit ihrem Einzug in den Bundestag mit der antijüdischen BDS-Bewegung. Die Altparteien klappern mit ihren Anträgen hinterher. Unser Antrag war der erste, und unsere Fraktion hat ihn einstimmig beschlossen.

Bei der entscheidenden Frage kneifen die alten Fraktionen allesamt. Das Verbot der BDS-Bewegung fordern sie nicht. Über diese radikalen Judenfeinde sagt der Schriftsteller **Hendryk M. Broder**: "Die BDS-Anhänger bereiten die Endlösung der Judenfrage vor – diesmal im Nahen Osten."

Die Altparteien kritisieren in ihren Anträgen nur einzelne Kampagnen der BDS-Bewegung. Sie drücken sich davor, diese widerwärtige antijüdische Hetze im Kern beim Namen zu nennen. Ein sofortiges Verbot von BDS fordern sie nicht. **Die deutsche Bundesregierung stimmt in der UNO nach wie vor mit den Judenfeinden dieser Welt gegen Israel.**

Das Verbot der BDS-Bewegung ist überfällig, aber das wollen die anderen Fraktionen nicht, weil ihnen die von den Israelis frei gewählte demokratische Regierung nicht passt. Die Linken wollen noch weniger. Sie haben einen Antrag eingebracht, der vertuschen soll. *Der Antisemitismus kommt heute von der linken Seite, und er kommt aus dem Islam.*

### **Bijan Djir-Sarai (FDP) (laut SPIEGEL Kontakt-MdB)**

„Durch die Aktionen der BDS-Bewegung wird ein noch tieferer Keil zwischen Palästinenser und Israelis getrieben und der Dialog aktiv verhindert. Gegenwärtig findet in Tel Aviv der Eurovision Song Contest statt. Auf ihrer Internetseite zeigt die Bewegung das Logo des Wettbewerbs mit Stacheldraht, das Herz in der Mitte geteilt durch SS-Runen. **Der Bundestag geht mit dem Beschluss, keine Organisationen zu fördern, die das Existenzrecht Israels infrage stellen, mit gutem Beispiel selber voran. Ich hoffe, dass weitere Länder, Städte und Gemeinden diesem Schritt in die richtige Richtung folgen werden.**

Hass und Hetze müssen wir tagtäglich bekämpfen. Dazu gehört auch, international die Augen offen zu halten. **Schon lange kritisiert die FDP-Fraktion daher das deutsche Abstimmungsverhalten im UN-Sicherheitsrat.** Regelmäßig finden dort einseitige und rein quantitativ in keinem Verhältnis stehende Verurteilungen des Staates Israel statt. Hierzu hat sich auch der Außenminister in der vergangenen Woche geäußert.

**Heike Hänsel (DIE LINKE)**

***Vorab ein Satz zur AfD. Der Präsident des Zentralrates der Juden, Herr Schuster, hat gestern, befragt zu Ihrem Antrag, unter anderem gesagt: Solche falschen Freunde braucht man nicht. (Zuruf der Abgeordneten Beatrix von Storch).***

Die Fraktion DIE LINKE lehnt BDS ab. Den Boykott israelischer Wissenschaftler\*innen und Künstler\*innen weisen wir als inakzeptable Praxis zurück, wie auch den generellen Boykott von Waren aus Israel hier in Deutschland. Wir haben dazu einen eigenen Antrag vorgelegt, in dem wir dies ausführlich begründen.

Die Fraktion Die LINKE stimmt aber gegen den Antrag der Koalitionsfraktionen, der FDP und der Grünen sowie gegen den Antrag der FDP. Eine pauschale Kriminalisierung und Sanktionierung von BDS-Untersützer\*innen ist problematisch.

Es hätte uns gut angestanden, wenn wir Befürchtungen aus der israelischen Zivilgesellschaft – deren Vertreter haben sich ja an uns, an die Mitglieder des Deutschen Bundestages, gewandt – durch Ihren Antrag hier könne die Presse und Meinungsfreiheit unter Druck geraten, in den Beratungen stärker berücksichtigt hätten.

Vor diesem Hintergrund ist es zu bedauern, dass aus Ihrem Antrag die Passage, ***für die sich SPD und Grüne eingesetzt hatten - „Der kritische Umgang mit israelischer Regierungspolitik ist von Meinungs-, Presse- und Äußerungsfreiheit geschützt und muss selbstverständlich in Deutschland genau so wie in Israel erlaubt sein“ - auf Initiative der FDP, wie der SPIEGEL berichtet – gestrichen wurde.***

***Wir kritisieren auch, dass dieses Thema nicht mit ausreichender Zeit in den Ausschüssen vorberaten wurde und die Fraktion die Linke sowie unsere Bedenken durch die Koalition wieder einmal von vornherein ausgegrenzt wurden.***

60 namhafte Wissenschaftler\*innen aus Israel, die sich an uns alle hier gewandt haben – initiiert durch **Amos Goldberg, Professor für die Geschichte des Holocaust an der Hebräischen Universität in Jerusalem**, unter denen sich Befürworter wie Gegner von BDS befinden, kritisieren, dass mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen, der FDP und der Grünen dazu beigetragen wird, ***„jeden Diskurs über palästinensische Rechte und jede internationale Solidarität mit den Palästinensern, die unter israelischer Besatzung und schwerer Diskriminierung leiden, zu delegitimieren.“***

(Zuruf Christoph Bernstiel – CDU/CSU - „Was ist denn das für eine 'Besatzung'? Was ist denn das für eine Aussage?)

Ich möchte darauf verweisen, dass Kollegen der CDU, **unter anderem der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses** heute warnen: **“Legitime Kritik an der Politik der israelischen Regierung darf nicht als vermeintlich antisemitisch diskreditiert und eingeschränkt werden“.**

### **Omid Nouripur (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

BDS will nicht nur den Eurovision Song Contest boykottieren, sie gehen auch gegen Public-Viewing-Veranstaltungen vor. In Barcelona haben sie es sogar geschafft, dass ein Public Viewing abgesagt wurde. Sie haben in einer Darstellung den Davidstern aus dem Logo des Contests beseitigt und durch eine SS-Rune ersetzt. Diese Art der Gleichsetzung hat nichts mehr zu tun mit Kritik an der israelischen Regierung. Das ist schlicht zynisch und menschenverachtend.

Wir stimmen diesem Antrag auch zu, weil wir Meinungsfreiheit und Debatte schützen wollen. Selbstverständlich gilt das auch für Kritik an der Regierungspolitik Israels in diesen Tagen. Und ja, *es ist selbstverständlich auch erlaubt darauf hinzuweisen, dass Palästinenser\*innen unter der israelischen Besatzung leiden*, so wie sie auch unter Repressalien der eigenen Führung leiden.

Wir schreiben niemandem vor, welche Art von gewaltfreiem Widerstand zu wählen ist, Wir wollen die Meinungsfreiheit im gesamten Spektrum der Zivilgesellschaft. Deshalb lehnen wir selbstverständlich auch den Antrag der AfD ab. Es ist auch ein sehr klares Signal, wenn Knesset-Mitglieder auf Reisen in Deutschland nicht bereit sind, sich mit Ihnen zu treffen, **weil sie auf die Verschleierung Ihrer wirklichen Absichten, zum Beispiel die Arbeit der GIZ oder der politischen Stiftungen zu zerstören, nicht hereinfliegen.**

### **Rot-Grüne Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (GO)**

**der Abgeordneten Niels Annen (SPD), Dr. Anton Hofreiter, Dr. Irene Mihalic, Cem Özdemir, Dr. Nina Scheer (und weiterer 78 Abgeordneter von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Der kritische Umgang mit israelischer Regierungspolitik ist von Presse-, Meinungs- und Äußerungsfreiheit gedeckt. **Die Bedenken, wie sie etwa in einem offenen Brief zahlreicher israelischer und jüdischer Akademiker\*innen an Abgeordnete des Bundestages geschildert werden, nehmen wir sehr ernst. Der Beschluss des Bundestages darf auch nicht benutzt werden, um eine kritische und konstruktive Auseinandersetzung hier in Deutschland und vor Ort zu unterbinden.**

Wir verbinden mit dem vorliegenden Antrag auch unser Bekenntnis zu einer Zweistaatenregelung des Konflikts, wie sie vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen **zuletzt in der Resolution 2334 (2016) bekräftigt wurde.** Der Beschluss des Bundestages darf nicht dazu führen, dass Projekte und Aktivitäten nicht mehr unterstützt werden, die sich für eine friedliche Lösung engagieren. Wir betonen, dass insbesondere die Unterscheidung zwischen dem Territorium des Staats Israel und den seit 1967 besetzten Gebieten, im Einklang mit dieser Resolution, nicht mit BDS gleichzustellen ist. Nur mit einer Zweistaatenregelung können Israels Fortbestand und zugleich die Rechte der Palästinenser in einem



eigenen Staat gewährleistet werden. Zu den Hindernissen auf dem Weg zu einer Zweistaatenregelung zählen aber nicht nur Boykottaufrufe wie BDS, Gewaltanwendung wie die Raketenangriffe der Hamas oder die fehlende Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf palästinensischer Seite, **sondern auch die fortdauernde Besatzung und die drohende Annexion palästinensischer Gebiete, der völkerrechtswidrige Siedlungsbau und die Blockade des Gazastreifens durch Israel.**

Es ist für uns daher von entscheidender Bedeutung, dass die Bundesrepublik Deutschland und ihre Zivilgesellschaft, beispielsweise durch ihre politischen Stiftungen, mit einem breiten Spektrum zivilgesellschaftlicher Organisationen in Israel und Palästina zusammenarbeiten, die sich für diese Ziele einsetzen und dabei Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung ablehnen.

**Schwarze Erklärung nach § 31 GO  
der Abgeordneten Dr. Andreas Nick, Dr. Norbert Röttgen und weiterer 20  
Abgeordneter der CDU/CSU-Fraktion**

Eine Zweistaatenlösung bleibt Ziel und Maßstab unserer Nahost-Politik. **Wir bekennen uns daher uneingeschränkt zur Resolution 2334 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen** und unterscheiden auch klar zwischen dem Gebiet des Staates Israel in den Grenzen von 1967 und den besetzten palästinensischen Gebieten.

**Die erfolgreiche Umsetzung des Friedensprozesses im Nahen Osten kann nur durch einen nachhaltigen Versöhnungsprozess zwischen den beteiligten Parteien gelingen. Ein umfassender Dialog sowohl innerhalb als auch zwischen den Zivilgesellschaften in Israel und den palästinensischen Gebieten ist deshalb notwendiger denn je.**

**Unsere politischen Stiftungen leisten einen wichtigen Beitrag, um einen solchen Austausch zu ermöglichen.** Gerade angesichts der zunehmenden Verschärfung der Spannungen auf beiden Seiten kommt ihnen eine wichtige Mittlerrolle zu, die es zu bewahren gilt. Wir dürfen den Freiraum unserer Stiftungen dabei nicht einschränken. Es muss sichergestellt sein, dass sie ihre Arbeit weiterhin ungehindert ausüben können.

*Um dem Problem des Antisemitismus gerecht zu werden, reicht es nicht aus, nur die BDS-Kampagne zu thematisieren. Wir benötigen vielmehr eine breite gesellschaftliche Debatte, die wir ehrlich führen müssen.*

**Grüne Erklärung nach § 31 GO  
der Abgeordneten Claudia Roth, Jürgen Trittin und weiterer 14  
Abgeordneter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN**

Das Manifest von BDS lässt bewusst offen, wie das Verhältnis zwischen Israelis einerseits und Palästinener\*innen andererseits geregelt werden soll. Es beinhaltet kein klares Bekenntnis zur Zweistaatenregelung oder zum Existenzrecht Israels. Einige Gruppen stellen unter dem Dach von BDS dessen Existenzberechtigung infrage. Auch kommt es zum Teil zur Dämonisierung der israelischen Bevölkerung in verschwörungstheoretischer Art und Weise. Tatsächlich fordert die BDS-Bewegung zwar die Umsetzung des Völkerrechts, lässt aber die Frage offen, in welcher Struktur dieser Konflikt geregelt werden

soll.

BDS für seine Abehnung der Zweistaatenregelung zu kritisieren, ist richtig. Es ist aber etwas ganz anderes, BDS, alle beteiligten Organisationen und Einzelpersonen pauschal als antisemitisch zu bezeichnen, wie es der Antrag bereits in der Überschrift insinuiert. Damit werden weite Teile der palästinensischen Zivilbevölkerung, aber auch vereinzelt israelische Initiativen, die sich gewaltfrei für ein Ende der völkerrechtswidrigen Besetzung einsetzen und vor diesem Hintergrund BDS unterstützen, in die antisemitische Ecke gestellt.

Im interfraktionellen Antrag findet der Anlass für die Gründung von BDS – die über ein halbes Jahrhundert währende Besetzung – keine Erwähnung. Genauso wie Teile von BDS nicht unterscheiden zwischen Israel und den von ihm besetzten Gebieten, kennt dieser Antrag nur israelische Gebiete. Auch fehlt – trotz offenkundiger Anlässe – jedes Bekenntnis zum Schutz und zur Verteidigung der Meinungsfreiheit. Wir widersprechen Versuchen, eine Politik der Unterscheidung zwischen dem Territorium des Staates Israel und den besetzten Gebieten – wie sie **von der EU vertreten wird** und zu der **die Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen 2334 vom Dezember 2016** aufruft – als pauschalen Boykottaufruf gegen den Staat Israel und als BDS zu diffamieren und zu delegitimieren.

***Diese Versuche sind umso fahrlässiger, als die Diffamierung von Gegner\*innen der Besetzung als „antisemitisch“ und „antiisraelisch“ zur Standardargumentation der rechtsnationalistischen Regierung Netanjahu gehört. Gestützt auf diese Argumentation, begleitet durch einen forcierten Bau von Siedlungen, arbeitet die Regierung Netanjahu an der faktischen (Teil-) Annexion der besetzten palästinensischen Gebiete.***

Wir teilen die Einschätzung des früheren Mitgliedes der Knesset, Mossi Raz ( Meretz), dass ein Fokus auf der *sich abzeichnenden Annexion der Gebiete* liegen sollte. Er schrieb nach Deutschland: ***„Ich bitte Sie eindringlich, keine Initiative zu unterstützen, die BDS mit Antisemitismus gleichsetzt, die Israel mit den besetzten Gebieten verschmelzt und den internationalen Widerstand gegen die Siedlungen schwächt.“***

***Diese Sorgen werden verstärkt durch die Einzelheiten des interfraktionellen Antrags. So fordert er die Bundestagsverwaltung sowie Städte und Gemeinden auf, keine Räumlichkeiten für die BDS-Bewegung oder Gruppierungen, die deren Ziele unterstützen, zur Verfügung zu stellen. In München führte ein ebensolcher Beschluss dazu, dass im städtischen Museum anschließend nicht einmal das Für und Wider dieses Verbots diskutiert werden konnte.***

Der Antrag fordert die Bundesregierung zudem auf, keine Projekte mehr finanziell zu fördern, die die BDS-Bewegung aktiv unterstützen. Damit drohen entwicklungspolitische Projekte in Palästina, aber auch die Zusammenarbeit politischer Stiftungen mit zahlreichen Akteur\*innen der israelischen und palästinensischen Zivilbevölkerung infrage gestellt zu werden. ***Deshalb wird aus vielen kirchlichen und nichtkirchlichen Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen der interfraktionelle Antrag abgelehnt.***

### **Israelbesuch der „Squad“ genannten vier US-Amerikanischen Kongressfrauen**

***Ilhan Omar, Rashida Tlaib, Ayanna Pressey und Alexandria Ocasio Cortez*** - US- Staatsbürgerinnen, im November 2018 ins Repräsentantenhaus gewählt - befinden sich seit ihrem Einzug in den Kongress im Streit mit Donald Trump, der sie unablässig rassistisch beschimpft: ***Sie sollten erst einmal ihre verseuchten Herkunftsländer (Somalia, Puerto Rico, die palästinensische Westbank) in Ordnung bringen, bevor sie sich in der US-Politik betätigten. Das Publikum jubelt: „Send them back“.*** Die vier Kongressfrauen werden im September Israel und die Westbank besuchen. Als BDS-Befürworterinnen, ist ihre Einreise durch ein jüngst von der Knesset beschlossenes Gesetz an sich verboten. Bei diesen vier soll aber eine Ausnahme gemacht werden. Man will wohl vermeiden, dass Netanyahu in den Augen der Weltöffentlichkeit allzu sehr mit dem Rassisten Trump identifiziert wird.

### **Ein Gelsenkirchener Dilemma?**

Ich fürchte, der Verlauf der Ratssitzung und der WAZ-Artikel könnten die Stadt in ernste Schwierigkeiten bringen. In Gelsenkirchen wurden und werden zahlreiche Stolpersteine verlegt (einige, nicht viele, von mir gesponsort). Aus diesem Anlass kommen regelmäßig Angehörige Gelsenkirchener Holocaustopfer oder -überlebender nach Gelsenkirchen: Ihre Teilnahme wird zu einem ergreifenden und einprägsamen Teil der Kunstaktion. Ein Beispiel: Jesse Krauß' Film über die Verlegung 2013, vor dem Hause des Schusters Hojnacki in der Belforter Straße, der 1939 ins KZ kam, weil er auf seiner Geige „Noch ist Polen nicht verloren“ gespielt hatte. Sein Enkel und eine Urenkelin waren bei der Verlegung dabei, die Hymne wurde noch einmal gespielt – unvergesslich.

Ebenso der Stolperstein für die Eltern von Georg Schönenberg, Wanner Straße 119, später George Shelton, San Francisco. Seine Tochter war mit zwei Kindern aus den USA gekommen, nun sah man sie, mit den Tränen kämpfend, vor dem Haus in der Wanner Straße. Sie erinnerte die Kinder eindringlich an ihre jüdische Identität und richtete einige Worte an den toten Vater.

***Wird solches noch möglich sein, wenn sich herumspricht, die Gelsenkirchener Linke (in einem weiteren Sinne, der z.B. auch mich einschließt) bestehe aus lauter antisemitischen Israelfeinden? Das wäre ein entsetzlicher Verlust.***

Was ist zu tun? Würden die LINKE (mit dem erinnerungspolitischen Schwergewicht Hartmut Hering an der Spitze ihres Kreisverbandes), Gelsenzentrum und VVN-BdA an der Vorbereitung solcher Resolutionen beteiligt, - und wäre wäre **nicht nur eine Gesellschaft für Christlich-Jüdische, sondern auch eine für Christlich-Jüdisch-Muslimische Zusammenarbeit mit am Werk gewesen** (oder würde der Interkulturelle Stammtisch Rotthausen seine muslimisch-jüdische Arbeit intensivieren) – das könnte vielleicht ein Anfang sein. Erst recht dann, wenn immer wieder an Reichskanzler Wirths Worte vom 25. Juni 1922 erinnert wird: „**Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel: dieser Feind steht rechts.**“ Wirth war Zentrums-, heute würde man sagen: CDU-, Politiker. Norbert Lammert und Richard von Weizsäcker würden ihm nicht widersprechen.“

**Von Herrn Klaus Brandt nachgereichter zweiter Nachtrag zu seiner Bürgeranregung: Ergänzung und Korrektur des Ratsbeschlusses vom 11. Juli 2019 (14-20/7492)**

„Schlimmer Antrag?“<sup>1</sup>

**Antrag der Linken (14-20/7532) „Der Rat bekräftigt zugleich, dass sachbezogene Kritik an der israelischen Regierung oder ihrer Politik weiterhin zulässig ist und nicht per se als antisemitisch abgestempelt werden darf.“**

Das ist – jedenfalls außerhalb von AfD & Co - allgemeiner Konsens, steht im Einklang mit der Arbeitsdefinition „Antisemitismus“ der OSZE, (Bundestagsdrucksache 18/11970) und wurde in der Bundestagsdebatte vom 17. Mai von mehreren Rednern des demokratischen Spektrums bekräftigt, desgleichen in der sozialdemokratisch-bündnisgrünen und der christdemokratischen **Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages**<sup>2</sup>

**Klaus Haertel, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion**

Die Rede war schlimmer als der Antrag.

Höchst erklärungsbedürftig, wie ich meine.

**Bettina Peipe, Die Linke** Man hat hier gesehen, wie die Meinungsfreiheit eingeschränkt wird und die Demokratie in Gefahr gerät.

Frau Peipe hat Recht. Der Antrag der LINKEN enthält keine Spur von Antisemitismus, die Rede ebenfalls nicht.

**Die AfD im Deutschen Bundestag**

**MdB Jürgen Braun**<sup>3</sup>: **\*Die AfD ist die Partei der Freunde Israels in diesem Parlament. \* Die deutsche Bundesregierung stimmt in der UNO mit den Judenfeinden dieser Welt gegen Israel. \* Ebert, Adenauer, Böll, Luxemburg,**

<sup>1</sup> Im Ratsinformationssystem finde ich noch keine Niederschrift. Existiert sie tatsächlich noch nicht? Ratsmitglieder können sich binnen zwei Wochen nach ihrem Vorliegen auch die Tonaufzeichnung anhören. Ließe sich dabei auch ein Eindruck von dem Gejohle und Getobe auf der Tribüne (und im Plenum?) gewinnen?

<sup>2</sup> (Anlagen 2 -5 der Niederschrift S.12522 ff), gelegentlich übersehen, aber höchst lesenswert!

<sup>3</sup>Niederschrift: 19. Wahlperiode 102 Sitzung S. 12483

**Seidel, Naumann: alle Stiftungen verstrickt im Netz der Judenfeinde.\* Die Linken haben einen Antrag eingebracht, der vertuschen soll. \* Der Antisemitismus kommt heute von der linken Seite, und er kommt aus dem Islam. \***

(Die AfD arbeitet seit langem daran, sich selbst zur Freundin des jüdischen Volkes und des Staates Israel, die „Altparteien“ hingegen als die wirklichen Judenfeinde zu stilisieren. Diese Bemühungen mögen nach dem Mordanschlag in Halle zeitweise auf Eis gelegt worden sein. Aber sie werden zweifellos weiter verfolgt werden. Man sollte die Zähigkeit der AfD auch an dieser Stelle nicht unterschätzen.)

Was die DI betrifft, so ist meine Skepsis ihr gegenüber bekannt. Sie gründet sich auf das Fehlen demokratischer Strukturen, ihre Verfassung als OB-beschirmtes steuerfinanziertes Kaffeekränzchen. Näheres siehe Mitteilungs- bzw. Beschlussvorlagen **14-20/3757** bzw. **14-20/3759**. Das sei hier nicht nochmals vertieft. Ich halte aber fest:

Die DI **muss** die Niederschrift über ihre Versammlung vom 28. Mai 2019 öffentlich machen: Wie hat sich ihr Mitglied Bündnis 90/ die Grünen positioniert? MdB Irene Mihalic hatte wenige Tage zuvor (am 17. Mai) zu den Abgeordneten um Niels Annen, Nina Scheer, Katrin Göring-Eckart, Cem Özdemir und anderen gehört, die in einer Erklärung gemäß § 31 der Geschäftsordnung *den kritischen Umgang mit israelischer Regierungspolitik in Deutschland genauso wie in Israel für erlaubt* erklärt

und sich zur Zweistaatenregelung und der von AfD, aber auch von FDP heftig attackierten Resolution 2334 (2016) des UNO-Sicherheitsrates bekannt hatte.

Frau Mihalic gebührt für ihre Haltung höchster Respekt. Ich halte sie, wenn ich mir diese Bemerkung erlauben darf, für eine Zierde unserer Stadt.

**Micha Brumlik, gemeinsam mit Benjamin Ortmeyer<sup>4</sup> ehemals Leiter der Forschungsstelle NS-Pädagogik an der Goethe-Universität Frankfurt/M**

**„Der Verfall liberaler Öffentlichkeit<sup>5</sup>** Nach wochenlangen Turbulenzen trat Mitte Juni der Direktor des Jüdischen Museums Berlin, Peter Schäfer, von seinem Amt zurück. Seit Jahren hatte es um das Haus und seine Leitung immer wieder Streit gegeben – wegen Schäfers vermeintlicher Nähe zur BDS-Bewegung<sup>6</sup>, der Einladung eines hohen Vertreters des iranischen Regimes oder auch der Jerusalem- Ausstellung des Hauses. Das Fass zum Überlaufen brachte aber ein vom Museum geteilter Tweet der taz. Der dazugehörige Text kritisierte den Bundestagsbeschluss von 17. Mai, wonach der BDS eine antisemitische Bewegung sei. Vor allem der Zentralrat der Juden empörte sich. (...) Am Ende war der Druck zu groß, und Schäfer musste seinen Hut nehmen.

Der vom Museum geteilte Tweet der taz verwies auf eine Erklärung von 240 jüdischen und israelischen Wissenschaftlern, darunter Koryphäen ihres Faches: Eva

---

<sup>4</sup>Mit Professor Ortmeyer hatte ich im Zuge meiner leider kläglich gescheiterten Bemühungen um eine würdige (!) Umbenennung des (Antisemit-) Eduard Spranger-Berufskollegs gelegentlich schriftlich und telefonisch, anlässlich seiner Abschiedsvorlesung am 1. Februar 2017 auch kurz persönlich Kontakt.

<sup>5</sup>Micha Brumlik: Unter BDS-Verdacht: Der neue McCarthyismus; im Augustheft (8'19) der Blätter für deutsche und internationale Politik S. 13 ff.

<sup>6</sup>„BDS steht für Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen und ist eine propalästinensische Organisation, die zum Boykott Israels aufruft.“

Illouz, die hierzulande bekannte Soziologin von Liebe und Sexualität aus Jerusalem; der in Berkeley forschende Daniel Boyarin, dem eine neue Sicht auf die Entstehung des Christentums zu verdanken ist; der in Jerusalem wirkende Professor Amos Goldberg, dessen Werk über das Schreiben von Tagebüchern während des Holocaust Aufsehen erregt hat. Am 18. Juni erklärten 45 akademische Talmudgelehrte (!) ihre Solidarität mit Peter Schäfer. ' Wir sind zutiefst beunruhigt über die zunehmende Zensur der Meinungsfreiheit und die schwindenden Möglichkeiten, die Regierungspolitik Israels zu kritisieren oder gar zu hinterfragen.' Dass sich die Gelehrten damit in einen Gegensatz zu einer Mehrheit nichtjüdischer Abgeordneter des Deutschen Bundestages gesetzt haben, ist unbestreitbar – aber warum sollte diesen Abgeordneten eine Deutungshoheit darüber zukommen, was „antijüdisch“ und eben auch, was „jüdisch“ ist? Festzuhalten bleibt, dass dem Zentralrat der Juden die Meinung mehr oder weniger informierter Bundestagsabgeordneter offenkundig bedeutender ist als die Überzeugung weltweit als Gelehrte ausgewiesener Frauen und Männer.“

### **Der Bundestag ruft auf**

Einem interfraktionellen Antrag <sup>7</sup> folgend, ruft er

Länder, Städte und Gemeinden und alle öffentlichen Akteur\*innen dazu auf, sich seiner Haltung anzuschließen, nämlich Räumlichkeiten und Einrichtungen keinen Organisationen, die sich antisemitisch äußern oder das Existenzrecht Israels in Frage stellen, zur Verfügung zu stellen

Sowie:

keine Organisationen finanziell zu fördern, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen

Das bindet keine Kommune und keinen sonstigen „Akteur“. Es baut aber Druck auf. Möge uns dieser in Gelsenkirchen erspart bleiben.

Der Aufruf des Bundestages (vielleicht aber auch seine vorherige Generierung unter Nachhilfe von AfD, Wertelinitiative und verwandten Zirkeln) ist offenbar – auf einem der hiesigen Öffentlichkeit noch nicht mitgeteilten Wege – an die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und über diese an die DI gelangt.

An erstere trete ich hierdurch mit der höflichen Bitte heran, sie möchte mitteilen, auf welchem Wege und mit welchem konkreten Inhalt der Bundestagsbeschluss an sie herangetragen wurde und wie sie sich dazu inhaltlich positioniert hat. Wurden auch die starken Zusammenhänge zwischen Antisemitismus und anderen Elementen des Syndroms Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) Islamphobie (!) Rassismus und Fremdenfeindlichkeit erörtert? Ist bei der Mitgliederversammlung auch an mögliche Formen einer Christlich-Jüdisch-Islamischen Zusammenarbeit, also an eine Zusammenarbeit der drei abrahamitischen Religionen gedacht worden?

Mich wundert das Schweigen in den sozialen Medien: Ich habe auf verschiedenen SPD-Websites – Ortsvereine, Unterbezirke, Jusos, Falken - nichts entdecken können. Zustimmung zum Bashing der linken Ratsfrau, Genugtuung ob der „einigen Zwischenrufe“ das hätte mich nicht gewundert, die völlige Stille kann ich mir nicht erklären.

---

<sup>7</sup> Drucksache 19/ 10191: CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnisgrüne

## **Das Existenzrecht des Staates Israel ist unantastbar**

Es ist aber nicht identisch mit dem Existenzrecht einer politischen Allianz Trump/ Netanyahu oder dem politischen Existenzrecht seines Widerparts Benny Gantz (der seine Partei als „Mitte-Links“ verortet).

### **Dazu Gideon Levy in der Ha'aretz von 12. September:**

**„Please, Bibi, let the Annexations begin.** Lass ihn das Jordantal annektieren und danach die gesamte Westbank. Lass ihn die Realität in diesem Territorium zu einer politischen Realität machen, ohne dies noch länger zu verstecken. Die Stunde der Wahrheit ist gekommen. Es ist Zeit, den großen Maskenball zu beenden. Das Jordantal ist längst annektiert. Die Grüne Linie ist ausradiert. Es bleibt nur noch, dies offiziell auszusprechen. Den Israelis und der Welt einzugestehen: Schluss mit der Besetzung, wir haben jetzt die Annexion.

Eine wirkliche Debatte gibt es in Israel nicht mehr. Sofort nachdem Netanyahu die Annexion versprochen hatte, lieferte Benny Gantz, die große Hoffnung des aufgeklärten Publikums, das Wort der Opposition: Auch er ist für das israelische Jordantal auf Dauer.

In diesen Siedlungen gibt es keine Gebetshawls, da gibt es jüdische Herren und thailändische Landarbeiter; und auch palästinensische Landarbeiter, die schändliche, ausbeuterische und kriminelle Löhne bekommen.

Jeder, der immer noch die Existenz von Apartheid bezweifelt, sollte das Jordantal besuchen. Das Wasser, das Land und die Freiheit – schamlos aufgeteilt.

Das jüdische Volk erstand im Lande Israel, und die Apartheid erstand im Jordantal. Wenn Netanyahu sein Versprechen hält, werden die Israelis und die Welt wissen, dass der zweite Apartheidsstaat der Geschichte offiziell etabliert wurde. Dann werden wir sehen, wie Israelis damit leben und besonders, wie die Welt darauf antwortet.“

Bei diesen bitteren Worten möchte ich es nicht bewenden lassen. Deshalb hier der Hinweis auf <http://wasns.org>, die Website des Friedensdorf Neve Schalom Wahat al-Salam, auf halbem Wege zwischen Tel Aviv und Jerusalem gelegen (genaueres: siehe Routenplaner)<sup>8</sup>. Ich war dort 2004 und 2009, Nachahmung kann ich wärmstens empfehlen.

## **Öffentliche Veranstaltung ?**

„Angesichts der Komplexität des Themas und der Schwierigkeit der Begründung von

---

<sup>8</sup> Bei der Strecke Jerusalem-Jericho hatte ich soeben mit dem Routenplaner keinen Erfolg. („Kann nicht berechnet werden.“) Was mich wundert angesichts des Artikels „Es war Liebe“ der langjährigen taz-korrespondentin Susanne Knaul in der taz vom 16. 10. („voller Zuversicht zog ich nach Jericho...). 2004 habe ich den Weg nicht gefunden, trotz freundlicher Erklärungen. Das lag vielleicht an mir. 2009 kamen mein Sohn Max und ich mit unserem Mietwagen bis zu einer jüdischen Siedlung. Das muss ganz in der Nähe von Jericho gewesen sein. Max stieg aus, ging zum Schlagbaum, der den Eingang zur Siedlung versperrte, sprach dort mit einem freundlichen (aber bewaffneten) jungen Wachtposten, der ihm den Weg erklärte. Ausgeschildert war natürlich nichts. Wir haben uns erneut verfahren. müssen aber höchstens fünf Kilometer von Jericho entfernt gewesen sein.

Entscheidungen wird erwogen, die Entscheidung in den politischen Gremien mit einer getrennten öffentlichen Informationsveranstaltung zu verbinden. Diese Veranstaltung, bei der die gewonnenen Erkenntnisse sowie die Entscheidungsgrundlagen erläutert und auch Nachfragen der Öffentlichkeit ein Forum geboten werden soll, könnte von den Ratsfraktionen getragen werden“.<sup>9</sup>

*Frau Mihalic*, Miturheberin der „rot-grünen“ Erklärung gemäß § 31 GO, könnte mit den inner- und außerparlamentarischen Vorgängen rund um den Bundestagsbeschluss vom 17. Mai vertraut sein. Wer hat welche Strippen gezogen (oder zu ziehen versucht)? Der Spiegel-Artikel vom 12. Juli wirkt solide recherchiert (was man vom WAZ-Artikel vom 15. Juli schwerlich sagen kann). Verschwörungstheorie? Keineswegs. Die Indizienlage ist eindrucksvoll.

Ob sich Professor Brumlik gewinnen ließe? Oder Professor Reulecke? Er war zu Eva Sternheim-Peters' Lesung aus „Habe ich denn allein gejubelt?“ in die flora gekommen.

Bei dem nach **Eduard Spranger**, einem **Antisemiten erster Ordnung**, benannt **gewesenen Berufskolleg** haben unsere Gremien mit Ach und Krach nicht mehr zustande gebracht als das heimattümelnde „Berufskolleg am Goldberg“, wo doch – siehe den ISG-Vermerk vom 10.09.2009 – darauf geachtet werden sollte, dass neue Namen inhaltlich der Problematik der Umbenennung gerecht werden und z.B. Opfer des Nationalsozialismus berücksichtigen.

Frankfurt hat mit **Edith Stein** einen neuen Namen gefunden, wie er passender nicht gedacht werden kann. Ähnlich andere Städte. **Allein Gelsenkirchen** antwortet auf Spranger mit dem nichtssagenden „Am Goldberg“. Sprangers Rache? In der Schulgemeinschaft scheint er seinen Anhang behalten zu haben. Und die Öffentlichkeit – Kirchen, Gewerkschaften, ja überhaupt Außenstehende jeglicher Art – sie durfte nicht mitreden. Vielleicht findet sich unversehens doch noch ein Weg zu einer würdigen Umbenennung des Kollegs. Dem Ruf der Stadt würde das – um mit dem Vorsitzenden der CDU-Ratsfraktion zu reden - nicht schaden.“

---

<sup>9</sup> Vermerk des ISG vom 10. September 2009 zu den Beratungen über den Umgang mit Benennungen im öffentlichen Raum Gelsenkirchens.